

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1919**

146 (27.3.1919) Abendausgabe

# Badische Presse.

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.

Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe. Weiters größte Bezahlerzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Eigentum und Verlag von Ferd. Ziegler & Co. Druckerei: Albert Dreyer. Verantwortlich für den Inhalt: Anton Hubold, bad. Postamt, Postfach 100, Karlsruhe. Druck: H. Fehr, u. Sedendorf, bad. Postamt, Postfach 100, Karlsruhe. Für den Anzeigenteil: A. Minnerath, Postfach 100, Karlsruhe. Berlin W 10. Vertretung: Berlin W 10.

Die Badische Presse erscheint 30 Mal wöchentlich. Die Abnahme der Zeitung erfolgt durch den Postboten oder durch den Briefträger. Die Abnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Bei Nichterhalt der Zeitung, bei Verzug oder bei Verzug der Zeitung, ist die Abnahme durch den Postboten oder durch den Briefträger zu erklären. Die Abnahme kann keine Gewähr übernommen werden.

**Bezugs-Preise:**  
Jahrgang A ohne Anst. 1.50  
Jahrgang B mit Anst. 1.70  
In Karlsruhe monatlich 1.50  
In Baden monatlich 1.70  
In den übrigen Provinzen monatlich 1.80  
In den übrigen Provinzen monatlich 1.90  
In den übrigen Provinzen monatlich 2.00  
In den übrigen Provinzen monatlich 2.10  
In den übrigen Provinzen monatlich 2.20  
In den übrigen Provinzen monatlich 2.30  
In den übrigen Provinzen monatlich 2.40  
In den übrigen Provinzen monatlich 2.50  
In den übrigen Provinzen monatlich 2.60  
In den übrigen Provinzen monatlich 2.70  
In den übrigen Provinzen monatlich 2.80  
In den übrigen Provinzen monatlich 2.90  
In den übrigen Provinzen monatlich 3.00

Nr. 146. Telefon: Geschäftsstelle Nr. 86. Karlsruhe, Donnerstag den 27. März 1919. Telefon: Redaktion Nr. 308. 35. Jahrgang.

## Badische Nationalversammlung.

Karlsruhe, 27. März. Die 16. öffentliche Sitzung wurde um 9 1/2 Uhr von dem Präsidenten Kopp eröffnet, der den Eingang eines Beschlusses über den Verkehr mit Grundbesitzern während des Krieges, und Übergangswirtschaft (sog. Sperrgesetz) mitteilte.  
**Interpellationen über das Verkehrswesen.**  
Abg. Spengler (Ztr.) begründete seine und seiner Fraktionskollegen eingebrachte Interpellation in der die Frage gestellt ist, was die Regierung zu tun gedenke, um die bereits im Jahre 1918 geplante Errichtung einer Kraftwagenlinie Wertheim - Kilsheim - Badheim - Eubigheim zu fördern. - Zug. Kausch (Soz.) begründete eine von einem Teil seiner Fraktion vorgelegte Interpellation, in der die Regierung gebeten wird, Auskunft zu geben über die Ergänzung des Eisenbahnverkehrs durch Einrichtung von Automobillinien zur Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung. Redner stellt ferner die Anfragen an die Regierung, wie es mit der Regelung der Verkehrsverhältnisse zwischen Hessen und Baden stehe; in Frage kommen hierfür Hirschhorn, Nedarbheim, Nedarbheim. - In Verbindung mit dieser Interpellation werden die tarife Anfragen der Abg. Duffner (Ztr.) über eine Autolinie von Furtwangen nach Waldkirch und Furtwangen - Triberg, Herzberger (Dem.) über eine Autolinie im kleinen Wiesental.

Verkehrsmittelminister Kückert beantwortete die Interpellationen und kurzen Anfragen und führte dabei aus, die Regierung erkenne das große Bedürfnis an, für abgelegene Landesteile möglichst bald Kraftwagenlinien einzurichten. Die Regierung hält an ihrer früheren Forderung fest; natürlich können die Linien nur nach und nach je nach der Dringlichkeit und Wichtigkeit einzurichten werden. Es seien hierfür 2 100 000 M. für Kraftwagen, Anhängerwagen, Werkstätten und Anlagen, sowie für die notwendigen Straßeneinrichtungen 1 Million zur Verfügung. An Autolinien sind in Aussicht genommen:

1. Kilsheim - Kilsheim - Wombach und Badheim - Tauber - Schopfheim.
2. Oberbüren - Meringingen - Krautheim.
3. Nedarbheim - Schönau - Heiligkreuzsteinach.
4. Rot - Walsch - St. Leon - Neilingen - Hohenheim.
5. Ringolsheim - Oettingen - Raibald.
6. Forstheim - Wauschlott - Breiten.
7. Forstheim - Ziefenbronn - Walsch.
8. Offenburg - Sand - Nehl.
9. Waldkirch - Furtwangen.
10. Freiburg - St. Peter - St. Margen.
11. Freiburg - Tobinau - über Schwanstadt über Kirchzarten - Neisfähr.
12. Schopfheim - Legernau.
13. Schopfheim - Gersbach - Tobinau.
14. Salem - Degenhausen.
15. Donauweisingen - Walsingen.
16. Billingen - Niederelsbach.
17. Eningen - Ueberlingen a. B. - Nabolspitz.
18. Griesen - Wahnhof - Wehden.

Die letztgenannte Linie soll sehr bald, möglichst bis zum 1. Juli in Ausführung kommen. Der Beginn der Gemeinder zu den Rollen soll in möglichst kurzer Frist erfolgen; sie sollen nur einen einmahligen Zuschlag auf 5 oder 7 Pfa. für den Kilometer angelegt werden, wird in der Regel der geteilten Lasten 10 Pfa. betragen müssen. Für den Fremden- und Ausflugsverkehr wird man wie in Bayern höhere Sätze festsetzen können. Jeht Wagen sind bereits in Auftrag gegeben. Der weitere Bedarf an Wagen wird von dem Verband staatlicher Kraftwagenlinien, dem Bayern, Württemberg und Sachsen angehört, vergeben. Die Ausführung der Linien soll möglichst rasch erfolgen, man muß aber mit den Schwierigkeiten rechnen.

In der sich anschließenden Aussprache vertrat die Abg. Kausch (Soz.), Kückert (Ztr.), Kiefer (Ztr.), Seubert (Ztr.) und Kausch (Soz.) die soziale oder Bezirksmündigkeit. Verkehrsminister Kückert: Es ist ganz unmöglich, alle Wünsche, die das Land hat, zu erfüllen. Aber mit der Zeit werden wir doch ein ganzes System von Autolinien bekommen, denn unser armes Land wird nicht überall mit Eisenbahnen bauen können, wo es nötig ist. Wir werden uns deshalb mit Autolinien behelfen müssen, die ja nicht entfernt solch hohe Kosten verursachen wie der Eisenbahnbau und der Bau neuer Eisenbahnen. Der Zuschlag der Gemeinden wird 20 % betragen.

An der weiteren Aussprache beteiligten sich die Abg. Schell (Ztr.), Kausch (Soz.), Kausch (Soz.), Spang (Ztr.), Albiech (Ztr.), Kausch (Soz.), Duffner (Ztr.), Hummel (Dem.), Herzberger (Dem.), Kausch (Soz.), Gölzler (Ztr.), Martin (Ztr.) und Weishaupt (Ztr.). Sämtliche Redner unterstüzten die Wünsche ihres Bezirks und legen die Wichtigkeit der von ihnen vertretenen Autolinien dar. Verkehrsminister Kückert antwortete auf einige der vorgebrachten Wünsche. Nach einem Schlußwort der Interpellanten Abg. Spengler und Kausch ist die Besprechung beendet.

Am 12. Uhr wird die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung Freitag vormittag 9 Uhr. Tagesordnung: Gesetzentwürfe über die Volksabstimmung und über die Wahlen für die Bezirksräte und Kreisverwaltungen.

## Die Volksabstimmung.

Karlsruhe, 27. März. Wir erfahren, daß der Termin, an welchem die Volksabstimmung über das Verfassungsrecht und über die Frage, ob die Nationalversammlung als Landtag weiter tagen soll, erfolgt, neuerdings nochmals um acht Tage verschoben und auf den 13. April festgelegt worden ist. Man will am Sonntag, den 6. April keine Volksabstimmung abhalten, weil das der Sonntag Judica ist. Der Verfassungsausschuß wird sich heute nachmittag mit diesem Gesetz befassen. Ferner hören wir, daß die Regierungsbildung ihrem Abschluß nahe ist. Voraussichtlich wird in der am nächsten Dienstag stattfindenden Sitzung der badischen Nationalversammlung die neue Regierung gebildet werden.

## Landesversammlung der badischen Demokratie

B. P. C. Karlsruhe, 27. März.  
Am Sonntag, den 30. März wird die Deutsche Demokratische Partei Badens in Karlsruhe ihren ersten Parteitag abhalten. Parteitage größerer Gruppen müssen im neuen Volksstaate anders gemeldet werden als früher, sie sind heute bedeutungsvolle Kundgebungen für die weitere innerpolitische Entwicklung des Landes. Denn die Parteien sind zu einem Teil der Staatsmaschine geworden; durch die Partei wird das Volk sein ihm verfassungsmäßig zustehendes Recht der Selbstregierung aus. Auf den Parteitagen haben die Parteimitglieder das Recht und die Pflicht, darüber zu entscheiden, ob sie mit den von ihnen vertretenen und Fraktionen eingeschlagenen Wegen einverstanden sind. Sie haben die Möglichkeit, die Politik der Parteileitung und der Fraktionen zu billigen oder zu verwerfen, so daß der Verlauf eines Partei-

tages richtunggebend sein kann für die weitere Entwicklung der politischen Verhältnisse im Staat und Reich.

Die bevorstehende Landesversammlung der badischen Demokratie ist aber noch unter einem anderen Gesichtspunkt von größter Bedeutung. Sie ist die erste Veranstaltung des in der neuen Partei aufkommenden freiheitlichen Bürgerturns des ganzen Landes. Wie unser neues Staatswesen selber, ist auch die Deutsche Demokratische Partei ein Kind der großen Umwälzungen der Novembertage 1918. In ihrer Spitze stand bis jetzt ein Vollzugsausschuß der von den Parteimitgliedern der früheren Nationalliberalen Partei und Fortschrittlichen Volkspartei eingesetzt worden war. Die erste ordentliche Landesversammlung soll der neuen Partei eine Verfassung und die nötige Parteieinrichtung geben. An die Stelle des Vollzugsausschusses müssen die gewählten Parteimitglieder treten, ein Organisationsrat muß beraten werden, kurz, es gilt, die innere Organisation der Partei aufzuführen und so auszugestalten, daß sie zusammen mit der Verfassung des demokratischen Gedankens die geeignete Grundlage für eine gedeihliche Nationalarbeit im ganzen Lande wird.

Auf das bisher von der Partei geleistete kann mit Genugtuung zurückgegriffen werden. Überall herrscht in ihren Reihen reges politisches Leben und Interesse. Die alten Vereine, die während des Krieges naturgemäß einen sehr hohen Stand hatten, sind neu organisiert; in allen Landesteilen sind neue Vereine entstanden und es wird überall an einer weiteren Ausbreitung und Vertiefung der Organisation gearbeitet. Die Wahlen zur badischen und die zur deutschen Nationalversammlung haben der Partei trotz aller Schwierigkeiten und Widerstände, die zu überwinden waren, schöne Erfolge gebracht. Nun stehen die Gemeinderwahlen bevor, auch dafür gilt es zu rufen.

Die erste Landesversammlung, zu der jeder in Baden eingeschriebene Parteigenosse Zutritt hat, soll eine große Heerzucht über die Anhänger der Partei werden. Die schwäbischen Demokraten, die alljährlich am Dreiflingstage ihre große Parade in Stuttgart abhalten, haben mit der Veranstaltung derartiger Kundgebungen die allerbesten Erfolge gemacht. Sie erfüllen die zusammengefaßte Aufgabe, die sie mit neuer Zuversicht und neuem Eifer für die gemeinsame Sache. Sie klären über die politischen Vorgänge und die politischen Taten in den Parlamenten auf. Sie geben Gelegenheit zur gegenseitigen Aussprache, über die besten Mittel zur Verbesserung usw. Wir hoffen, daß sich auch in Baden die Einrichtung dieser auf breiter demokratischer Grundlage stehenden Parteitage bewähren wird. Alle Männer und Frauen, denen die politische Arbeit im Sinne des demokratischen Gedankens als vaterländische Pflicht am Herzen liegt, sollen kommen, Stadt und Land soll vertreten sein; Arbeiter, Beamte, Geschäftleute, Handwerker, Landwirte und die Angehörigen gelehrter Berufe, sie alle, die in der Deutschen Demokratischen Partei, die keine Klassenpartei sein kann und sein will, durch das einigende Band gemeinsamer Bestimmung zusammengefaßt sind, sie alle sollen durch zahlreichere Beteiligung dazu mitwirken, daß die erste ordentliche Landesversammlung zu einem Markstein in der Geschichte der Partei und damit auch der Geschichte des Landes wird.

In schwerer Zeit soll diese Landesversammlung stattfinden. Niemand weiß, was die kommenden Wochen und Monate unserem schwer geprüften Vaterlande bringen werden. Umso nötiger ist heute die politische Arbeit. Wir hoffen, daß der Ernst der politischen Lage überall die Notwendigkeit praktischer Mitarbeit erkennen läßt und daß alle Angehörigen der Deutschen Demokratischen Partei, die es irgendwie können, sich an der karlsruher Landesversammlung beteiligen.

Die Landesversammlung der Deutschen Demokratischen Partei wird eingeleitet durch einen am Sonntag, 29. März, abends 8 Uhr im Saal des Friedrichshofs (Karls Friedrichstraße 28) stattfindenden Begrüßungsgabens, veranstaltet von Dr. von Schulze-Gävernitz, der frühere Vertreter des Freiburger Landtagswahlkreises über Elzach-Ortenberg. Die eigentliche Landesversammlung beginnt Sonntag, 30. März, vormittags 9 Uhr im großen Saal der städtischen Festhalle. Nachdem die Landesversammlung sich konstituiert hat, wird der Vorsitzende des Vollzugsausschusses Abgeordneter Hummel, der Parteibericht erteilt. Am Schluß daran wird der Vorsitzende der demokratischen Fraktion der badischen Nationalversammlung, Abgeordneter Kausch, über die Tätigkeit der Fraktion berichten. Beide Redner werden die gesamte politische Lage und die Stellungnahme der Partei und der Fraktion zu den schwerwiegendsten politischen Fragen beleuchten, sodas man ihnen Referaten mit großem Interesse entgegensehen darf. Die weiteren Verhandlungen betreffen die Beratung und Beschlußfassung über die Satzungen der Partei, die Wahlen zu den Parteimitgliedern und schließlich die Stellungnahme zu den zahlreichen vorliegenden Anträgen. Zur Landesversammlung haben alle eingeschriebenen Parteigenossen Zutritt, jedoch nur gegen besondere Eintrittskarten, die bei den Vorsitzenden der Ortsvereine erhältlich sind.

## Dom Schauplatz des Bolschewismus.

### Zur Lage in Ungarn.

Wien, 26. März. Nach den hier einlaufenden Nachrichten scheint man in den Entente-Ländern die Lage in Ungarn nicht richtig einschätzen zu können. Man redet sich ein, der ungarische „Kaffeehaus-Bolschewismus“ werde an dem gesunden Sinn der ungarischen Bauernschaft scheitern. Gerade das ist ein Irrtum: Die Meldungen aus den ungarischen Provinzen besagen, daß sich dort überall das Mätereium rasch durchsetzt hat. Die Habsburger, serbischen und rumänischen Proletarier weigern sich, gegen die ungarischen Proletarier zu marschieren. Es müßte schon eine ganz fremde Armee irgendwo gelandet werden und sich auf einen vollständigen Feldzug einrichten, um etwas gegen Ungarn unternehmen zu können. Es gibt nur einen Schutz gegen die Bolschewisten: raschster Friedensschluß und schleunigste Wiederherstellung des Wirtschaftslieben in den vom Bolschewismus bedrohten Ländern. (B. Z.)

Sch. Wien, 27. März. (Privattele.) Die direkten Verbindungen aus Budapest sind immer noch unterbrochen. Alle Meldungen aus der ungarischen Hauptstadt sind deshalb mit äußerster Vorsicht aufzunehmen. Auch keine Budapest-er Zeitungen treffen hier ein. In Hermannstadt sind zur Unterstützung der rumänischen Truppen Entente-Truppen aus Belgrad eingetroffen.

Wien, 26. März. Wie das U. Z. R. A. meldet, hat die seit dem 21. März bestehende Regierung bereits einen Anzähl von Verfügungen erlassen, durch die die Diktatur des Proletariates fest verankert werden soll. Es herrscht vollkommene Ruhe und Ordnung im ganzen Lande. Die beschriebenen Hausdurchsuchungen nach Waffen und Lebensmitteln, sowie etwaige Requisitionen dürfen nur von legitimierten Organen vorgenommen werden. Personen, die sich nicht im Besitze der gebührenden Ausweise zur Requisitionszwecken befinden, werden vor das nächste Revolutionsgericht gebracht, das in solchen Fällen sogar die Todesstrafe verhängen kann.

Wichtige Maßnahmen sind zur Sicherung des Arbeitsprotesses getroffen worden, damit die Betriebe fortgeführt, Pflichtverletzungen, Diebstähle und Sabotage verhindert werden können. Die Arbeit findet ruhig und zweckmäßig finanzielle Maßnahmen erleichtern die Fortführung der Betriebe. Privatpersonen dürfen von morgen an von ihren Bankguthaben monatlich 2000 Kronen erheben.

Wien, Budapest, 27. März. Einige auswärtige Blätter haben das böswillige und tendenziöse Gerücht verbreitet, der frühere Ministerpräsident Michael Karolyni habe Selbstmord begangen. Die Nachricht ist eine Lüge.

## Der vorsichtige Lenin.

Wien, 26. März. Lenin hat an Bela Kun einen Zuspruch gerichtet, in dem es heißt: „Ich bitte mitzutellen, welche realen Garantien Sie dafür haben, daß die neue ungarische Regierung wirklich kommunistisch, nicht nur einfach sozialistisch, das heißt sozialverräterisch ist. Es ist ganz sicher, daß infolge der eigenartigen Verhältnisse die ungarische Revolution als bloße Nachahmung unserer russischen Politik in ihren Einzelheiten zu einem Fehler würde. Vor diesem Fehler müßte ich warnen.“

## Das Vorrücken der Alliierten in Südrugland.

Sch. Rotterdam, 27. März. (Privattele.) „Daily Mail“ meldet aus Saloniki: Sebastopol ist von den Truppen der Alliierten zurückgenommen worden. Die Truppen der Alliierten stehen jetzt wieder 15 km nördlich von Odeffa.

Die „Times“ melden aus Jassy: In Jassy und Braile sind starke Truppenabteilungen der Alliierten eingerückt, die die rumänische Grenze in der Richtung Kischinew überschritten haben.

## Italienische Hilfe für Rumänien.

Sch. Zürich, 27. März. (Privattele.) Der „Secolo“ meldet, daß von der italienischen Front Truppenmassen nach Rumänien überführt wurden. Die Adria-Häfen sind seit Montag Mitternacht gesperrt.

## England und der Bolschewismus.

London, 26. März. Reuter. Im Unterhaus fragte Croft, ob die Regierung auf Maßnahmen aufmerksam gemacht werden könne, welche infolge in Schweden durch Bolschewisten Entente-Truppen in Aktion zu setzen verweigert werden und ob sofort Schritte getan werden würden, um bekannte russische Bolschewisten aus Großbritannien zu deportieren.

Bonar Law bejahte beide Fragen und teilte außerdem mit, die britische Regierung habe von verschiedenen Seiten gehört, daß von den russischen Bolschewisten sehr große Summen für die Propaganda im Ausland zur Verfügung gestellt werden. Gegebenenfalls würde im Einflang mit den bestehenden Verfügungen entsprechende Vorgegangen werden.

Der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Harcourt teilte mit, daß über den Austausch sämtlicher britischer Kriegsgefangener, die sich in den Händen der bolschewistischen Regierung befinden, verhandelt werde. Die Führer der bolschewistischen Bewegung in Rußland seien auf drallosem Wege verhaftet worden, daß sie für jede Mithandlung britischer Gefangener, die sich in ihrer Hand befinden, persönlich verantwortlich gemacht werden würden.

## Die französische Furcht vor dem Bolschewismus.

Paris, 27. März. Reuter. Pichon vertrat in der Kammer die Politik Frankreichs gegenüber Rußland und sagte, Frankreich sei seinem früheren Landesgenossen treugeblieben und gehe niemals von der von Clemenceau verkündigten Stellungnahme ab, den Bolschewismus zu bekämpfen, der die Plage Rußlands und der Menschheit sei. Pichon wurde fortwährend von den Sozialisten unterbrochen.

Wien, 27. März. Die ungarischen Ereignisse versehen die französische Öffentlichkeit weiterhin in große Aufregung und Bestürzung. „Journal des Debats“ schreibt: „Während wir noch gemessen sind, als Granaten und Bomben in Paris einschlugen, ästern wir jetzt wie nervöse Frauen bei dem geringsten Knall.“ Die „Action Francaise“ sagt, daß eine neue Phase des Krieges begonnen habe. Es sei verhängnisvoll, jetzt noch in dem Glauben zu verharren, daß alles vorbei sei.

Der „Matin“ muß in diesem Zusammenhang zugeben, daß man doch wirklich nicht habe erwarten können, Ungarn werde sich Zweidrittel seines Gebietes und sämtliche Zufahrtstrassen zum Meer ohne weiteres wegnehmen lassen. Wir vertreten und befehlen, ohne daß man uns gehorcht. Deutschland stellt sich auf die Hinterbeine, Ungarn bolschewistisch, erklärt also den Bankrott. Es bestehen nur noch die Barrieren Polen und Tschechoslowakei. Wenn diese Barrieren zusammenfallen, werde die feindliche Flut in wenigen Tagen an die französische Grenze branden.

## Bolschewismus in Norditalien?

Basel, 27. März. (Privattele.) Die „Inf.“ meldet aus Rom: Gestern abend fand hier ein dringender Kabinetsrat statt, der sich mit der politischen Lage in Norditalien befaßte. Man hat in Italien zahlreiche Verbindungen mit der russischen Sowjetregierung entdeckt, die durch französische Soldaten vermittelte wurden.

## Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

### Vom Bicertrat der Alliierten.

Wien, 27. März. Die von Havas angeführte neue Organisation der Pariser Konferenz, wonach nur noch Wilson, Clemenceau, Lloyd George und Orlando Verhandlungen abhalten und die Zusammenkünfte des Zehnerrates bis dahin aufgehoben bleiben, scheint, nach dem „Journal“, auf besonderen Wunsch Wilsons zurückzuführen zu sein.

Die Pariser Ausgabe des „Newport Herald“ schreibt: Die neue vierköpfige Konferenz werde die größten Anstrengungen machen, um sich über die Friedensbedingungen, die Deutschland nach Ende nächster Woche aufgegeben werden sollen, zu einigen. Dieser Friedensvertrag werde wahrscheinlich ein viel weniger ergiebliches Instrument sein, als gewisse Staatsmänner gewünscht hätten, die schon davon geträumt haben, die Angelegenheiten der Welt und ihrer Bevölkerung in endgültiger Weise zu regeln. Dagegen werde das Dokument die wesentlichsten Elemente eines zufriedenstellenden Friedens enthalten, die der Welt die Wiederaufnahme ihres normalen Lebens gestatten würde.

Wien, 26. März. Havas. Die führenden Staatsmänner legten am Dienstag ihre Beratungen nach dem gemeldeten neuen Serophoren fort. Präsident Wilson, Lloyd George, Clemenceau und

Orlando fanden sich um 11 Uhr bei Wilson und um 3 Uhr nachmittags im Kriegsministerium bei Clemenceau zu einer Besprechung ein, die etwa 1 1/2 bis 2 Stunden dauerte. Diese Zusammenkünfte werden in weiter Weise fortgesetzt werden bis zur Lösung der großen Probleme, wie einem raschen Friedensschluss entgegensteht. Die Staatsmänner werden sich abwechselnd bei Orlando, Wilson u. Clemenceau treffen. Die amerikanischen und englischen Kreise behaupten, daß diese Besprechungen, an denen ausschließlich die verantwortlichen Führer der Delegationen der Großmächte sich beteiligen, eine rasche Lösung der schwebenden Fragen ermöglichen werden. Es ist beabsichtigt, während der Dauer dieser Beratungen die Mitteilungen an die Presse einzuschränken. Am Dienstag wurden keine amtlichen Berichte ausgegeben. Wir haben aber Grund zu der Annahme, daß die führenden Staatsmänner auf den baldigen Abschluß des Präliminarfriedens hinarbeiten.

Die Frage der Kriegsschädigung ist das wichtigste und schwierigste der Lösung harenden Probleme. Zwischen den Vertretern der verschiedenen Großmächte wurde über diese Frage in den meisten Punkten Übereinstimmung erzielt, außer in der Frage der Gesamtforderung an Deutschland, über deren Höhe die Sachverständigen sich noch nicht geeinigt haben.

**Zur Räumung des besetzten deutschen Gebietes.**

Sch. Rotterdam, 27. März. (Privat.) Aus Paris wird gemeldet: Im Heeresauschuss wurden von dem Kriegsminister am Montag Erklärungen abgegeben, die auf eine Zurücknahme der militärischen Besetzung in den deutschen Gebieten sechs Monate nach Unterzeichnung des Friedensvertrages schließen lassen. Die Frage der deutschen Kriegesangenen.

Sch. Rotterdam, 27. März. (Priv.) Der „Daily News“ zufolge richtete der Bischof von Oxford mit weiteren 5 Bischöfen Englands einen Brief an Lloyd Georges für die Rückgabe deutscher Kriegesangenen mit Friedensschluß.

Sch. Rotterdam, 27. März. (Privat.) Die „Morgenpost“ meldet aus Paris: Bisher sind 320000 Kriegsgefangene in das Ausbaugelände gebracht worden. Seit acht Tagen ist der weitere Transport eingestellt. Die endgültige Regelung der Frage der deutschen Kriegesangenen soll in direkten Verhandlungen mit der deutschen Friedensdelegation bereits in den ersten Aprilwochen erfolgen.

**Die Blockade.**

Paris, 26. März. „Daily Telegraph“ meldet von hier: An bevorzugter Stelle wird hier mitgeteilt, daß die Blockade gegen die Neutralen in kurzer Zeit beendet werden soll, daß die Neutralen Artikel von Deutschland kaufen können. Deutschland müsse in den Stand gesetzt werden, seine Lebensmittelbezüge zu beschaffen. Je mehr Erzeugnisse Deutschland verlaufe, um so mehr Geld werde es einnehmen, um seine Kriegsschuldigkeiten abzahlen zu können. Die Blockade bleibe aber als System bestehen, wenn sie auch gemildert werde. Und wenn Deutschland die Friedensbedingungen nicht erfülle, werde die Blockade wieder verschärft werden, um Deutschland zur Unterwerfung zu zwingen. (F. 3.)

**Englische Blätterhefte.**

London, 26. März. „The Daily Mail“ meint, Deutschland, das den Krieg im Felde verloren hat, glaubt, die Alliierten durch theatralische Demonstrationen dazu bewegen zu können, daß sie ihren Gewinn wieder aufgeben. Wenn die Regierung Scheidemann sich weigern sollte, die Friedensbedingungen anzunehmen, so müßte die Lebensmittelversorgung sofort automatisch eingestellt werden. Besserheit würde es dann zu einem frischen Ziel der Gewalt und Unordnung in Deutschland kommen, aber der Durchschnittsdeutsche sei viel zu verständig, um Aufruhr und Hungernot den Lebensmitteln vorzuziehen. Die Alliierten brauchen nur entsprechend deutlich durchblicken zu lassen, daß die Lieferung von Lebensmitteln vollständig von der Annahme und Durchführung des Friedensvertrages und von der Erhaltung der Ordnung im Lande abhängig.

**England und die Expedition nach Rußland.**

London, 26. März. Reuters. Im Unterhaus wurde die Dienstpflicht ohne Verbesserungsantrag angenommen. Ein Vorschlag, das Inkrafttreten der Vorlage auf den 31. Dezember 1919 statt den 30. April 1920 festzusetzen, wurde mit 382 gegen 70 Stimmen verworfen. Ein weiterer Verbesserungsantrag, die Pflicht zum Dienste in Rußland auszuschießen, wurde mit 292 gegen 48 Stimmen verworfen.

Churchill sagte, indem er die Annahme dieser Verbesserungsanträge ablehnte, daß die Regierung nicht die Absicht habe, ein großes Heer von Dienstpflichtigen nach Rußland zu senden. Die Frage der russischen Postfiliale im allgemeinen geht nicht die britische Regierung an, sondern den Völkerbund oder einen Bund freier Nationen müsse sie behandeln.

**Italien erhält Hilfe.**

Sch. Zürich, 27. März. (Privat.) Eine Stephaniemeldung aus Paris vom Dienstag gibt bekannt: Der Ausbruch der Alliierten hat im Prinzip die italienischen Ansprüche auf Sizilien anerkannt.

**Letzte Kriegsfahrt.**

Von Alfred Richard Meyer.

Kriegsberichterstatter — ach, man weiß bereits, Gott sei Dank, fast nicht mehr, daß man einmal so etwas ähnliches war. Man hat sich auch mit der betrüblichen Tatsache abgefunden, daß so ziemlich der größte Teil des Gepäcks auf dem Rückzug aus Frankreich verloren ging: Eine sämtliche Manuskripte, Karten, Bücher, Bilder und was sich noch binnen ganzem Jahre im Standaquartier eines Kriegsberichterstatters zusammengelesen hatte, über welchen eine delikate Rechnung hatte ausstellen lassen. Mozu letztere Vorrichtung gut war, sollte sich am 17. Februar zeigen, da wir Kriegsberichterstatter der Westfront a. D. noch einmal hinausziehen mußten — zum Feldzug gegen Sachsen, obwohl wir wahrlich oft genug auch der Verdienste der sächsischen Truppen während des Krieges gedacht hatten, womit dann jedesmal Württemberger oder Bayern nicht einverstanden waren. Mein Herz war doch ein wenig erregt und ich gedachte des Sages meines alten „Höllendreuhels als Erzähler“, der mir weit lieber als der Rembrandt-Deutsche ist: „Die Sachsen, diese matten Individuen, aus deren Staube sich selbst der große uto-päische Dampf Napoleon machen mußte“. Und zwar war mein Herz durch folgende Zukunft erregt worden:

In Ihrer Sache — Räumungsgut aus dem Westen — welches hier beschlagnahmt ist, soll das persönliche Eigentum ausgeschlachtet werden. Sie werden hiermit aufgefordert, sich am Montag, den 17. 2. 19, vormittags 10 Uhr, im Generalkommando des 19. A. R., Leipzig, Ehrenstr. 3, Zimmer 101, einzufinden. Erscheinen Sie an diesem Tage nicht, wird angenommen, daß kein persönliches Eigentum in Frage kommt und findet alsdann die Versteigerung statt.

Korps-Soldatenrat des 19. A. R., sowie vonseiten des Generalkommandos der Chef des Generalstabes.

Von irgendwelchem Räumungsgut meinerseits war mir nichts bekannt. Wohl aber frohlockte mein Herz, daß unser seit Monaten verloren gegangenes Dienst- und Privatgepäck vielleicht doch noch aufgefunden war. Und so wühlte ich mich denn von weitem, indem

**Die Pfalz Republik?**

Manheim, 27. März. (Privat.) Wie nach Berichten aus der Pfalz verlautet, soll verschiedene Beamten in Pirmaeus offiziell — also wohl von der französischen Regierung — mitgeteilt worden sein, daß die Pfalz von jetzt ab eine selbständige Republik unter Anlehnung an Frankreich bilden werde. Den nichtpfälzischen Beamten wurde freigestellt, mit pfälzischen (geborenen Pfälzern) Beamten zu tauschen. Die Zollgrenze soll der Rhein bilden. Die Grenze zwischen der Pfalz und dem Elsaß und Frankreich soll bald geöffnet werden. Der Geschäftsverkehr ist bereits erlaubt. Von zuständiger Seite ist indessen noch nichts von einem derartigen Vorgehen der französischen Verwaltung in der Pfalz bekannt.

**Zum Reiseverkehr mit dem besetzten Deutschland.**

Bern, 25. März. Wie der „Anner Progress“ aus Paris erzählt, ist die industrielle und wirtschaftliche Korrespondenz mit dem besetzten Deutschland nunmehr gestattet, die private Korrespondenz für daselbst wird demnächst freigegeben werden.

**Die Geschneidung im Reich.**

Zur Geschäftslage der Nationalversammlung. Weimar, 26. März. Der Verfassungsausschuss der Nationalversammlung berichtet heute über die Geschäftslage und einigte sich dahin, in der nächsten Woche keine Volltagung abzuhalten, namentlich so dem Verfassungsausschuss die Möglichkeit zu geben, seine Arbeiten so zu fördern, daß sie in absehbarer Zeit ihren Abschluß finden können. In dieser Woche soll nach Abschluß der Mittelstandsdebatte das Notgesetz und der Antragsetz zur Beratung kommen und bis zum Samstag erledigt werden.

**Zur Frage der Arbeiterräte.**

Weimar, 26. März. Im Verfassungsausschuss erklärte Reichsminister Dr. Brüch, daß die Vorlage über die Einsetzung der Arbeiterräte in die Verfassung noch nicht fertig gestellt sei, daß aber jedenfalls nicht beabsichtigt sei, den Arbeiterräten eine Vertretung im Reichstag zu geben.

**Gegen den Anschluß an Polen.**

Berlin, 26. März. Die große Gemeinde Schwarzwalde, Kreis Wolina in Polen, hat in einer Eingabe an das Auswärtige Amt gebeten, nicht an Polen abgetreten zu werden, da sie zwar zum Teil polnisch spreche, aber nur deutsch fühle.

**Nachwachen der Berliner Kämpfe.**

Berlin, 27. März. Laut „Vol-Anz.“ sind gegen Oberleutnant Marisch, den Führer der Regierungssoldaten, die vor einiger Zeit in der Kasernenstraße der Volksmarine in Berlin, französische Straße 24, Marisch standrechtlich erschossen, in letzter Zeit zahlreiche Anschuldigungen erhoben worden. Wie verlautet, hat Oberleutnant Marisch das Material der gegen ihn gerichteten Anklagen der Staatsanwaltschaft übergeben und ein Verfahren gegen sich selbst beantragt. Er dürfte sich nun vor dem Kriegsgericht zu verantworten haben.

**Verurteilung des mitteldeutschen Generalstreiks.**

Berlin, 26. März. Wie die „Börzenzeitung“ meldet, hat die Bezirkskonferenz Halle der Vertrauensleute des Bergarbeiterverbandes die Verurteilung des mitteldeutschen Generalstreikes als gewalttätige politische Maßnahme bezeichnet. Sie nahm mit 61 gegen 9 Stimmen eine Entschlieung an, in der festgelegt wird, daß die Delegierten der in Halle abgehaltenen Konferenz gröslich belogen und betrogen worden sind. Die Konferenz verurteilt entschieden diese gewissenlose Handlungsweise und wird in Zukunft solche arbeitsschädlichen Beschlüsse zu verhindern wissen.

**Die vorläufige Verfassung Hamburgs angenommen.**

Hamburg, 27. März. Die Bürgerschaft hat gestern die vorläufige Verfassung en bloc angenommen, wozu ihr die Ausübung der höchsten Staatsgewalt allein übertragen wird.

**Zur Lebensmittelversorgung Deutschlands.**

Hamburg, 26. März. Die Absicht, der im Hafen von Hamburg liegenden Lebensmittelschiffe nehmen einen beschleunigten Fortgang. Ein großer Teil der für die Lebensmittelversorgung hergerichteten Dampfer ist bereits nach England abgefertigt worden und wartet dort auf weitere Dredres. Andere liegen zur Abfahrt bereit oder besetzen sich zur Vornahme der Reparaturen auf den Westküste. Es kommen insgesamt 120 Schiffe zur Abfertigung. Der Dampfer „Rio Negro“, der wegen Maschinenschaden seine Reise aufgeben und nach dem Abganghafen zurückkehren mußte, hat repariert werden müssen und ist am Mittwoch in See gegangen.

**Deutsch-Oesterreich.**

**Oesterreichisch-ungarisches Heeresgut.**

Wien, 27. März. Wiener Korrespondenz. Eine hier eingetroffene Abordnung reichsdeutscher Soldatenräte berichtete nach der

ich mir eine Fahrterlaubnis nach Leipzig besorgte, was bekanntlich in diesen Zeiten viel Geduld und Zeit kostet, von der Inanspruchnahme des Gebührens ganz zu schweigen. Außerdem erschien es mir gut, eine kurze Aufklärungs-Patrouille vorzuschicken, in Gestalt eines eingeschriebenen Elbdröfles an den Herrn sächsischen Kriegsminister, den ich ausführlich über den genauen Inhalt meiner beiden Gepäckstücke aufklärte. Und dann trat ich den Vormarsch in das feindliche Ausland an, als Sturmgepäck nur etwas Proviant sowie einige Brot- und Fleischwaren bei mir, ferner aber auch im Kopfe einige Handgranaten, die ich dem Widerstand leistenden Soldatenrat zudachte.

In nicht ganz zwölf Stunden hatte ich die räumliche Entfernung zwischen Berlin und Leipzig zurückgelegt. Tief in der Nacht, bei strömendem Regen, kam ich in der feindlichen Hauptstadt an. Ich nahm Quartier im besten Hotel und war gerade einzuschlafen, als mich der Hausbesitzer telefonisch weckte — denn so habe ich es doch bestellt. Ich schrie ihn an, daß ich nichts bestellt habe, daß der Beginn der Schlacht erst auf zehn Uhr mittags festgesetzt sei, er solle mich gefälligst schlafen lassen, aber ich zahlte die sieben Mark nicht für die Nacht.

Früh am Morgen, beim Kaffeetrinken, geriet ich mit meinem Freunde „Höllendreuhel als Erzähler“ in einen schweren Konflikt. Jener hat nämlich einmal den lapidaren Satz geschrieben: „Der Ruhm, die Heiligkeitskoeffizienten unserer Kultur darzustellen und die Feinde der durch keine kristalline Klarheit so ungemein erbauten wirkenden Menschentafel zu sein, wird den Sachsen wohl kein anständiger Deutscher freitig machen wollen.“ Ich mußte es entschlossen freitig machen, denn der augenblickliche Leipziger Kaffee wickelte alles andere als erbautlich. Nachdem ich die Ehrenstreife ausgespiert hatte, hielt ich es für gut, mit dem Feinde in Verhandlungen einzutreten, da ich das Generalkommando von grimmigen Landstürmern hart besetzt fand. Zunächst führte man mich in Zimmer Nr. 1, wo mir der Soldat Winkler einen Schein, Format 8 zu 5 Zentimeter, ausstellte, daß ein Mann — ich nämlich — nach Zimmer 88, eine Treppe hoch, zu führen sei. Von dort meldete mich dann eine Ordnung für das Zimmer 101 an, das Allerheiligste des Korps-

Parl. Korrespondenz dem Staatssekretär für Heerwesen Deutsch über das von den Soldatenräten in Deutschland gesammelte Heeresgut der österreichisch-ungarischen Truppen, die an der Westfront gelandet haben. Bisher seien 150 Bahnwagen solcher Güter im Werte von 12 Millionen Kronen aufgestapelt, die der Abfuhr harren.

**Frankreich.**

**Die Bewegung der französischen Arbeiterverbände.**

Paris, 27. März. Nach einer Ehorer Meldung des „Progrès des Ajon“ hat der Nationalrat der französischen Arbeiterverbände sich erneut mit der Besprechung des Adhäsionsartikels befaßt und sich einstimmig für eine industrielle Koalition erklärt, die das schon in England bei den Industriearbeitern organisiert sei. Sämtliche von England erklärte, die französische Arbeiterbewegung müsse nach dem treter erklären, die französische Arbeiterbewegung müsse nach dem Delegierten ihrer Kraft und Aktionsfähigkeit sein. Die 1. Mai im Volkshaus ihrer Kraft und Aktionsfähigkeit sein. Die Delegierten der Eisenbahner hielten ihre Vorbereitungen noch aufrecht und haben offenbar erneut mit dem Generalkomitee bei Nichterfüllung ihrer Wünsche gedroht. Der Delegierte Wibergarray erklärte im Namen von 205 000 Eisenbahnern, sie seien gewillt, am 1. Mai für den völligen Triumph ihrer Forderungen den Kampf zu beginnen.

**England.**

**Die englische Arbeiterbewegung.**

London, 27. März. Der Bericht des von der Industriekonferenz ernannten Ausschusses, der die Ursachen der unruhigen Stimmung der Arbeiter und die Fragen der Arbeitszeit und der Löhne zu untersuchen hatte, wird der Konferenz, die am 4. April zusammentritt, vorgelegt werden. Er schlägt die Errichtung eines Industriearbeitsrates vor und empfiehlt u. a. eine gesetzliche Höchsttarifbeschränkung von 48 Stunden und gesetzliche Mindesttarifhöhe. Die Vertretung der Arbeitgeber und der Gewerkschaften sollen als unabhängige Sprechorgane ihrer Mitglieder anerkannt werden. Der Ausschuss hat die Regierung ersucht, der Konferenz im Falle der Annahme des Berichtes die sofortige Durchführung von dessen Vorschlägen zuzusichern.

**Spanien.**

**Zur Lage.**

Madrid, 26. März. Das „El Liberal“ zufolge sind die Lebenskosten so hoch gestiegen, daß an die Möglichkeit der Einsetzung einer energiegelichen Regierung gedacht wird, die unter dem Vorwand der Wiederherstellung der Ordnung alle Streiks unterdrücken und die fortschrittliche Entwicklung aufhalten werde. Man manones sei selbst der Ansicht, daß man das bis dahin gezeigte Verhalten abgeben müsse. Ein gewalttätiges Vorgehen, das vielfach angedroht werde, müsse indessen die Lage aufs äußerste erschweren. Das Blatt bemerkt, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten in der Hauptsache auf ein ungeschicktes Vorgehen zurückzuführen werden müssen. In Barcelona beispielsweise habe die Regierung mehr verschlafen, als sie halten konnte, und alle während des letzten Aufstandes den Arbeitern gemachten Zusagen seien nicht erfüllt worden. Auch in Madrid sei die Lage trotz der Versprechungen der Regierung nicht befriedigend, sie habe trotz der Ansprüchen der Arbeitsträger nicht Rechnung getragen und auch heute lasse sie sich nicht einmal auf eine Prüfung ihrer Forderungen ein. Sie rufe damit einen Konflikt hervor, der für das Kapital bedrohlich werden könnte.

**Vermischtes.**

**Große Schmugglerbanden an der badisch-schweizerischen Grenze.**

Zürich, 27. März. (Priv.) Die „Zürch. Volksztg.“ meldet: Im badischen Grenzgebiet um das Kaiserfeld herum haben sich große Schmugglerbanden gebildet. Eine davon besteht aus 70 Mitgliedern. Die Banden treiben wahllos organisierten Schmuggel. In den letzten Nächten wurden von etwa 180 Mann eine gemeinsame Aktion durchgeführt, wobei die Schmuggler sich mit modernen Gewehren, Handgranaten, Revolvern usw. bewaffnet hatten. Da diese Banden meist aus entlassenen Soldaten und sonstigen wilden Elementen bestehen, sind die Zollorgane völlig machtlos.

Neuerdings sind zwei russische Volkswirtschaftler nach der Schweiz durchgekommen, auch sind verschiedene Maschinengewehre in nicht rechtmäßiger Weise in die Schweiz eingeschmuggelt worden. Nach Informationen aus den Grenzabschnitten vom Bodensee bis Baden ist die militärische Bewachung den außerordentlichen Ansprüchen nicht gewachsen. Vom Bundesrat wird daher sofortige Verstärkung des Schutzes der Nordgrenze gefordert.

**Briefkasten.**

H. D. Aufschreiben eines ausgelassenen Schuldners ist nicht zulässig. (57)  
 H. St. Die Schuld vom Jahr 1914 ist nicht verfallen und kann gegen die Erben des Schuldners geltend gemacht werden. Bei gerichtlichem Nachlass eines Schuldners ererbter. (59)  
 H. D. Ein Lehnherr kann nicht, 2. Sie müssen sich das Recht vorbehalten, allein können Sie das nicht belegen. (60)  
 H. D. in 2. Wegen der bisher unterlassenen Auswahl von zwei Vertretern der Arbeiterkassen in den Gemeinderat Beschwerde an das ausländische Konsulat. (62)  
 H. D. und Deutschland 1900. Anonyme Zuschriften werden nicht beantwortet. (55 und 61)

Soldatenrates. In den nun erfolgenden Waffenstillstandsverhandlungen, die seitens des Feindes durchaus loyal geführt wurden — nur der Brief an den sächsischen Kriegsminister ward mir als Liebesbrief unter die Nase gerieben, denn jener hatte nun eine ausführliche Darlegung der Angelegenheit eingefordert —, ergab es sich alsbald, daß unser Gepäc in einen Räumungszug aus dem Westen geraten war und nun beschlagnahmt, d. h. sicher in der Garnisonverwaltung untergebracht war. Dort wurden wir uns in Gegenwart eines Magazinsinspektors und des Kriegsgerichtsrats über unser Eigentum auszuweisen haben. Die Beschlagnahme sei lediglich erfolgt, um unser Eigentum vor den revolutionären Plünderern zu bewahren, auf welche Erklärung hin ich denn beschloß, das Kriegsgepäck gegen Sachfen bestimmt zu begraben.

Gerührt fand ich vor meinen zwei gerichtlich geöffneten Akten Keller und Bilder waren freilich verschlagen. Aber das sei bereits in Erwägung, versicherte mir der „Sergeant“ und erging sich dann in eine Schilderung, wie „ferchterlich“ die Leipziger Revolutionstage gewesen seien. Meine Manuskripte, mein Briefwechsel von ganzen zwei Jahren, meine Zeitungsauschnitte, meine Bücher — das wieder — haben, genügt mir vollkommen. Dann aber legte ich erst die etwischen Quittungen über jeden in Frankreich oder Belgien käuflich erworbenen Gegenstand vor. Und den letzten Verband eines „Räumers“ von mir abzustreifen. Der Sergeant war so liebenswürdig, mir die Akten wieder kunstgerecht zu vernageln. Schnell nach einma, aufs Generalkommando, um hier die schriftliche Erlaubnis zu erhalten, das Gepäc als Frachtgut nach Berlin befördern zu lassen. Nachmittags mit einem Spediteurwagen noch einmal zur Garnisonverwaltung, Abfahrt nach Berlin.

Nun habe ich nur noch die einzige heße Hoffnung, daß nicht zwischen Leipzig und Berlin noch einmal ein feindlicher Staat seine gewichtige, beschlagnahmende Hand auf meine beiden Akten legt. Damit ich nun in aller Ruhe an die Ordnung von Dokumenten gehen kann, die mir kein Geld ersparen könnte, und die vielleicht einmal nach Jahren, wieder lebendiges Wort für eine Zeit sein können, an die wir augenblicklich nicht gern zurückdenken.







